

Hitze als Brennglas sozialer Ungleichheit

Ein Positionspapier für
sozial gerechten Hitzeschutz.

August 2026

SOZIALVERBAND

VdK

DEUTSCHLAND



Executive Summary

Hitze ist im Alltag der Menschen eine der unmittelbar wahrnehmbarsten Folgen des Klimawandels. Sie betrifft alle, aber nicht alle gleichermaßen. Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke, Pflegebedürftige, Kinder, Schwangere, Haushalte mit niedrigen Einkommen sowie Wohnungslose. Oft überschneiden sich diese Faktoren und verstärken sich gegenseitig: Wer gesundheitlich belastet ist, in einer schlecht gedämmten Wohnung lebt, über geringe finanzielle Mittel verfügt oder auf Unterstützung angewiesen ist, trägt ein deutlich höheres Risiko für hitzebedingte Erkrankungen. Gleichzeitig verstärken die gesundheitlichen Auswirkungen die prekäre Lebenssituation, während Hitzeschutzmaßnahmen für die einzelne Person finanziell nicht stemmbar sind. Hitze wirkt damit als Brennglas sozialer Ungleichheit.

Ein wirksamer Hitzeschutz kann deshalb nicht alleine der Eigenverantwortung überlassen werden. Ob Menschen sich vor extremer Hitze schützen können, hängt maßgeblich von den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Wichtig sind adäquater, bezahlbarer Wohnraum, klimaangepasste Städte, eine leistungsfähige Gesundheits- und Pflegeversorgung sowie eine hitzeresiliente soziale Infrastruktur.

Sozial gerechter Hitzeschutz ist daher eine strukturelle Aufgabe der Gesundheits-, Sozial- und Klimapolitik. Entscheidend ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass alle Menschen wirksam vor Hitze geschützt sind, unabhängig von Einkommen oder Wohnsituation und insbesondere bei ohnehin herausfordernder gesundheitlicher Lage. Dieses Positionspapier versteht sich als Beitrag der Debatte aus der Perspektive des Sozialverbands VdK, in dem viele der Menschen, die besonders von Hitzeereignissen betroffen sind, organisiert sind: Es benennt zentrale Herausforderungen, zeigt Handlungsbedarfe auf und gibt Impulse für politische Maßnahmen.

Kernforderungen

- Gesundheit stärken: Hitze als lebensbedrohliches Gesundheitsrisiko anerkennen und Hitzeschutz verbindlich in Gesundheits-, Sozial- und Klimapolitik verankern.
- Besonders vulnerable Menschen schützen: Sozial gerechte Schutzmaßnahmen ausbauen, die gezielt ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke, Pflegebedürftige, Kinder, Schwangere, Haushalte mit niedrigen Einkommen und Wohnungslose erreichen.
- Energiearmut bekämpfen: Hitzeschutz im Wohnraum für alle ermöglichen – durch bezahlbaren Wärmeschutz, sozial gerechte Förderung und eine Absicherung gegen hohe Stromkosten.
- Hitzefeste Städte und Gemeinden schaffen: Kommunen dauerhaft befähigen, öffentliche Räume klimaresilient zu gestalten mit Begrünung, Verschattung, Trinkwasserangeboten und sozial gerechter Priorisierung besonders belasteter Quartiere.
- Soziale Infrastruktur klimafest machen: Schulen, Kitas, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und weitere soziale Einrichtungen hitzeresilient umbauen und das Bundesförderprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ dauerhaft verstetigen.
- Wirtschaftlich zukunftssicher handeln: Jetzt investieren statt später zahlen. Klimaschutz und Klimaanpassung sind Investitionen in Gesundheit, soziale Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität – die Kosten des Nichthandelns sind deutlich höher.

Einleitung

Die Auswirkungen des Klimawandels sind längst keine abstrakte Bedrohung der Zukunft mehr, sondern eine gesundheitliche und soziale Realität im Hier und Jetzt. **Extreme Hitze ist bereits heute die tödlichste unmittelbare Folge des Klimawandels in Deutschland.** Allein für den Zeitraum April bis Juli 2026ⁱ schätzt das Robert-Koch-Institut mindestens 11.900 hitzebedingte Sterbefälle. Laut Bericht des RKI sind Menschen ab 75 Jahren mit vielen Vorerkrankungen am stärksten betroffen. Herz-Kreislauf-Probleme aber auch Hitzeschäden am Gehirn treten vermehrt auf und können zu Herzinfarkten und Schlaganfällen führen. Aber auch psychische Erkrankungen wie Depressionen und Schizophrenie und chronische Krankheiten wie MS, Parkinson oder Alzheimer verschlechtern sich bei anhaltend sehr hohen Temperaturen. Hitze ist damit eines der größten klimabedingten Gesundheitsrisiken unserer Zeit. Sie macht krank und kann tödlich sein.

Doch Hitze trifft nicht alle Menschen gleichermaßen. **Ob Hitze zur Belastung oder zur Lebensgefahr wird, entscheidet häufig nicht die Temperatur, sondern die Lebenssituation.** Wer in einer schlecht gedämmten Wohnung lebt, pflegebedürftig, chronisch erkrankt ist oder andere Menschen versorgt, kann sich oft nicht ausreichend vor Hitze schützen. Während sich vor allem besser Verdienende in klimatisierte Räume zurückziehen können, verbringt eine alleinlebende Rentnerin die dritte Tropennacht in Folge in ihrer überhitzten Wohnung. Eine pflegende Angehörige leistet tagtäglich schwere körperliche Arbeit und sorgt sich zusätzlich, wie sie ihren pflegebedürftigen Vater durch den nächsten Hitzetag bringt. Ein chronisch kranker Mann befürchtet die Auswirkungen hoher Temperaturen auf seine Medikamente und überlegt zweimal, ob er die Wohnung überhaupt verlassen kann für Einkäufe und Arztbesuche, da die Hitze seinen Kreislauf so stark belastet. Eine alleinerziehende Mutter muss kurzfristig Job und Kinderbetreuung neu organisieren, weil die Schule wegen extremer Hitze früher schließt. **Für viele Menschen entscheidet Hitzeschutz längst nicht mehr über Komfort, sondern über Gesundheit, Selbstständigkeit und im Extremfall über Leben und Tod.**

Hitze belastet nahezu jedes Organsystem des menschlichen Körpers. Sie erhöht unter anderem das Risiko für Herzinfarkte, Schlaganfälle, verschlechtert Herz-, Lungen- und Nierenerkrankungen und kann zu akuten Hitzekrankheiten bis hin zum Hitzschlag führen. **Wie schwer Menschen von Hitze betroffen sind, hängt jedoch nicht von einem einzelnen Risikofaktor ab. Häufig wirken mehrere Belastungen gleichzeitig.** So ist beispielsweise eine ältere Frau mit kleiner Rente, chronischer Herzerkrankung und einer schlecht gedämmten Mietwohnung einem deutlich höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt als jede dieser Belastungen für sich allein. Besonders gefährdet sind deshalb Menschen, bei denen gesundheitliche, soziale und räumliche Risiken zusammenkommen. Hierzu zählen insbesondere ältere Menschen, Pflegebedürftige, Kranke, Menschen mit Behinderungen, Schwangere, Säuglinge und Kleinkinder sowie Menschen, die wohnungslos sind, körperlich schwer arbeiten oder regelmäßig Medikamente einnehmen.

Hitze ist deshalb eine hochgradig soziale Frage und legt die tiefliegende soziale Ungerechtigkeit in unserem Land offen. Menschen mit geringem Einkommen leben überdurchschnittlich häufig in dicht bebauten Stadtquartieren und schlecht gedämmten Wohnungen, die sich besonders stark aufheizen. In Städten verstärken versiegelte Flächen, fehlende Grünräume und der städtische

Wärmeinseleffektⁱⁱ die Belastung durch die Hitze zusätzlich. Gleichzeitig fehlen oft die finanziellen Möglichkeiten, die Wohnung wirksam zu verschatten, Kühlgeräte anzuschaffen oder an besonders heißen Tagen kühlere Orte aufzusuchen. **Wo Einkommen, Krankheit, Behinderung, Pflegeverantwortung oder hohes Alter zusammenkommen, wird Hitze schnell zu einer existenziellen Gefahr.**

Deutschland ist nicht untätig, aber unverbindlich. Fast jede dritte Person in Deutschland berichtet im Sommer 2026 von hitzebedingten, gesundheitlichen Beschwerden, 72 Prozent sind der Auffassung, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen und mehr zum Schutz vor Hitze getan werden muss. Bund, Länder und Kommunen haben in den vergangenen Jahren wichtige Grundlagen für den Hitzeschutz geschaffen. Doch vielerorts fehlt es an verbindlichen Standards, einer verlässlichen Finanzierung und klaren Zuständigkeiten. Ob Menschen wirksam vor Hitze geschützt werden, darf nicht von der Kassenlage einer Kommune oder vom Engagement einzelner Einrichtungen abhängen. Denn Hitze ist keine Ausnahme mehr, sondern Teil unserer neuen Realität. Deshalb braucht Deutschland eine verbindliche nationale Hitzeschutzstrategie, die die soziale Dimension von Hitze konsequent berücksichtigt und den staatlichen Auftrag, Leben und körperliche Unversehrtheit wirksam zu schützen, bundesweit verbindlich umsetzt.

Aufsuchender Hitzeschutz als Teil der Daseinsvorsorge

Im häuslichen Umfeld bestehen beim Hitzeschutz erhebliche Versorgungslücken. Während für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zunehmend Hitzeschutzkonzepte entwickelt werden, fehlt es zu Hause häufig an verbindlichen Unterstützungsstrukturen. Besonders gefährdet sind vulnerable Personengruppen – insbesondere dann, wenn sie allein in schlecht gedämmten Wohnungen leben, körperlich oder gesundheitlich eingeschränkt sind. Fehlen soziale Netzwerke, erhöht dies das Risiko für hitzebedingte Erkrankungen. Einsamkeit ist damit nicht nur ein soziales Problem, sondern kann während extremer Hitze unmittelbar lebensgefährlich werden.

Deutschland verfügt mit dem Hitzewarnsystem und der Warn-Wetter-Appⁱⁱⁱ des Deutschen Wetterdienstes DWD über eine verlässliche Grundlage, um frühzeitig vor gesundheitlich gefährlichen Wetterereignissen wie Hitze zu warnen. Warnungen allein schützen jedoch keine Menschen. Hinzu kommen fehlendes Wissen und technische Herausforderungen beim Zugang zu etwaigen Anwendungen. Gerade hochaltrige, pflegebedürftige und kognitiv eingeschränkte Personen werden dadurch häufig nicht erreicht. Wissenschaftliche Untersuchungen^{iv} zeigen, dass Hitzeaktionspläne die hitzebedingte Sterblichkeit deutlich reduzieren können. Um insbesondere die vulnerabelsten Personen wirksam zu schützen, müssen Warnsysteme deshalb verbindlich durch Hitzeaktionspläne und Maßnahmen zur Steigerung der Hitzeresilienz ergänzt werden.

Andere Länder zeigen, dass ein wirksamer Hitzeschutz möglich ist. Nach den Erfahrungen der Hitzewelle 2003^v hat Frankreich verschiedene kommunale Hitzeschutzmaßnahmen implementiert, die in folgenden vergleichbaren Hitzeperioden zu weitaus weniger Sterbefällen führten^{vi}. Freiwillige Register^{vii} ermöglichen es den Kommunen, besonders gefährdete und alleinlebende Menschen bei Hitzewarnungen gezielt zu identifizieren und aktiv zu kontaktieren. Also genau diejenigen, die sich in einer akuten Hitzesituation nicht selbst schützen können. Diese Menschen werden nicht nur informiert, sondern bei Bedarf telefonisch betreut, zu Hause aufgesucht und konkret unterstützt, etwa durch Hilfe bei der Flüssigkeitsversorgung, der Organisation von Kühlmöglichkeiten oder medizinischer Betreuung.

Der Ansatz macht deutlich: Es geht nicht um allgemeine Information, sondern um gezielten Schutz der Vulnerabelsten. Deutschland sollte diesen Ansatz aufgreifen und weiterentwickeln: In Frankreich und Italien gehören proaktive Gesundheitschecks, regelmäßige telefonische Kontaktaufnahmen sowie Hausbesuche durch kommunale Dienste und lokale Sozialdienste bereits zum Standard bei Hitzewarnungen. Ergänzt wird dies durch nationale Hitzetelefon-Hotlines, die Beratung und Unterstützung koordinieren.

In Spanien wiederum werden klimatisierte öffentliche Gebäude als Cooling Center^{viii} geöffnet und spezielle Schutzräume für besonders gefährdete Menschen eingerichtet. Diese Beispiele zeigen, dass wirksamer Hitzeschutz nur dann gelingt, wenn Warnsysteme konsequent mit aufsuchenden, niedrigschwelligen Hilfsangeboten und einer engen Zusammenarbeit lokaler Akteure verknüpft werden.

Der VdK fordert daher:

- Strukturellen Hitzeschutz ausweiten: Verbindliche Vorgaben zur Erstellung von Hitzeaktionsplänen und Maßnahmen zur Stärkung der Hitzeresilienz.
- Freiwillige und datenschutzkonforme kommunale Hitzeregister nach französischem Vorbild einführen, um besonders gefährdete Menschen bei Hitzewarnungen gezielt zu erreichen.
- Bundesweites Hitzetelefon sowie verbindliche Strukturen für proaktive telefonische Kontaktaufnahmen, Gesundheitschecks und Hausbesuche während amtlicher Hitzewarnungen aufbauen.
- Hausärztinnen und Hausärzte, ambulante Pflegedienste, Pflegeberatungsstellen, kommunale Sozialdienste, Sozial- und Wohlfahrtsverbände und pflegende Angehörige verbindlich in kommunale Hitzeschutzkonzepte einbinden.
- Nachbarschaftshilfen, ehrenamtliche Besuchsdienste und kommunale Unterstützungsnetzwerke zur Betreuung alleinlebender und besonders gefährdeter Menschen ausbauen.
- Klimatisierte öffentliche Aufenthaltsorte (Cooling Centres) sowie Hitzeschutzräume für vulnerable Gruppen in Kommunen flächendeckend schaffen.
- Verpflichtende, flächendeckende öffentliche und barrierefreie Kommunikationspläne über bevorstehende Hitzewelle sowie kommunale und individuelle Schutzmaßnahmen sowohl analog als auch digital, die automatisch aktiviert werden.

Sozial gerechte Klimaanpassung in Städten und Kommunen

Extreme Hitze ist in Städten ungleich verteilt. Besonders stark betroffen sind häufig dicht bebaute und sozioökonomisch benachteiligte Quartiere. Hier treffen mehrere Risikofaktoren zusammen: ein hoher Versiegelungsgrad, wenig Grün- und Wasserflächen, stark befahrene Straßen, eine dichte Bebauung und überdurchschnittlich viele ältere oder gesundheitlich belastete Menschen sowie Haushalte mit kleinen Einkommen. Gleichzeitig verfügen viele Bewohnerinnen und Bewohner über geringere Möglichkeiten, sich vor Hitze zu schützen oder an kühlere Orte auszuweichen.

Aus Sicht des VdK muss sich die kommunale Klimaanpassung deshalb konsequent an der sozialen und gesundheitlichen Verwundbarkeit der Bevölkerung orientieren. Investitionen dürfen nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen, sondern müssen prioritär dort ansetzen, wo die gesundheitlichen Risiken am größten sind.

Der VdK fordert daher:

- Kommunale Klimarisikoanalysen müssen Hitzebelastung und weitere klimabedingte Extremwetterereignisse sowie soziale Vulnerabilität gemeinsam erfassen. Die Ergebnisse sind verbindlich als Grundlage für die Priorisierung von Klimaanpassungsmaßnahmen zu nutzen, damit besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen und Quartiere zuerst geschützt werden.
- Der Ausbau grüner und blauer Infrastruktur muss insbesondere in Quartieren mit hohem Versiegelungsgrad, wenig Grünflächen, ausgeprägten Hitzeinseln und hoher Verkehrsbelastung beschleunigt werden.
- Es muss ein flächendeckendes Netz barrierefreier Cooling Center in besonders belasteten Quartieren geschaffen werden, die für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, chronischer Erkrankung, Familien mit kleinen Kindern und wohnungslose Menschen gut erreichbar sind.
- Bushaltestellen, Bahnhöfe, öffentliche Plätze sowie stark frequentierte Fuß- und Aufenthaltsbereiche sollen konsequent verschattet, begrünt und mit kostenlosen Trinkwassermöglichkeiten ausgestattet werden.
- Einrichtungen der sozialen Infrastruktur wie Pflegeeinrichtungen, Beratungsstellen, Nachbarschaftszentren, Schulen, Kitas und Arztpraxen in besonders belasteten Quartieren müssen bei der Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen prioritär unterstützt werden. Dafür sollen einheitliche Kriterien für Anpassungsmaßnahmen unter Beachtung des Denkmalschutzes entwickelt werden.
- Bund und Länder müssen Kommunen dauerhaft finanziell und personell in die Lage versetzen, Hitzeanpassungsmaßnahmen umzusetzen. Der Schutz vor extremer Hitze darf nicht von der Finanzkraft einer Kommune abhängen.

Hitzeschutz bezahlbar machen: Energiearmut verhindern

Extreme Hitze macht eine bislang wenig beachtete Dimension von Energiearmut sichtbar. Während Energiearmut bislang vor allem mit unzureichender Beheizung im Winter verbunden wird, wird angesichts zunehmender Hitzewellen auch die Kühlung von Wohnräumen zu einer sozialen Frage. Wer sich wirksamen Sonnenschutz, Ventilatoren oder notwendige Raumkühlung nicht leisten kann oder aus Angst vor hohen Stromkosten darauf verzichtet, ist gesundheitlichen Risiken besonders ausgesetzt. Energiearmut betrifft damit zunehmend nicht nur das Heizen, sondern auch den Schutz vor Hitze. Hitzeschutz darf nicht vom Einkommen abhängen. Gleichzeitig muss er so gestaltet werden, dass gesundheitlicher Schutz, Klimaanpassung und Klimaschutz zusammen gedacht werden. Ziel muss sein, den Kühlbedarf möglichst gering zu halten und notwendige Kühlung bezahlbar und klimaverträglich zu ermöglichen.

Die wirksamste Maßnahme gegen überhitzte Wohnungen ist, Hitze gar nicht erst in das Gebäude gelangen zu lassen. Außenliegende Verschattungssysteme wie Rollläden, Außenjalousien oder Markisen können das Aufheizen von Wohnräumen erheblich reduzieren und senken gleichzeitig den Bedarf an energieintensiver Kühlung. Dennoch sind solche Maßnahmen für viele Haushalte mit kleinen Einkommen finanziell nicht erreichbar oder können von Mieterinnen und Mietern nicht eigenständig umgesetzt werden.

Die Wärmewende bietet Chancen für einen besseren Hitzeschutz. Moderne Wärmepumpen können – je nach System – nicht nur effizient heizen, sondern Wohnräume im Sommer auch kühlen. Investitionen in klimafreundliche Heiztechnik können damit gleichzeitig einen Beitrag zur Klimaanpassung leisten. Nutzerinnen und Nutzer einer Wärmepumpe sollten gezielt darüber informiert werden. Förderprogramme sollten dieses Potenzial stärker berücksichtigen und die Heiz- und Kühlfunktion gemeinsam betrachten.

Nicht alle Gebäude lassen sich kurzfristig baulich anpassen oder mit moderner Gebäudetechnik ausstatten. Deshalb braucht es zusätzlich niedrighschwellige Möglichkeiten, sich während extremer Hitze wirksam zu schützen. Ventilatoren oder – bei medizinischer Notwendigkeit – energieeffiziente Geräte zur Raumkühlung können einen wichtigen Beitrag zum Gesundheitsschutz leisten. Niemand sollte aus finanziellen Gründen auf notwendige Kühlung verzichten müssen.

Der VdK fordert daher:

- Sommerliche Energiearmut als eigenständige Dimension der Energiearmut in der Sozial-, Energie- und Klimapolitik anzuerkennen und in entsprechenden Strategien des Bundes und der Länder zu berücksichtigen.
- Den sommerlichen Wärmeschutz als festen Bestandteil der Gebäude- und Wohnraummodernisierung zu verankern sowie die Förderung außenliegender Verschattungssysteme wie Rollläden, Außenjalousien oder Markisen auszubauen.
- Mieterinnen und Mietern einen besseren Zugang zu wirksamen baulichen Hitzeschutzmaßnahmen zu ermöglichen und den sommerlichen Wärmeschutz im Mietrecht

zu verankern. Für Baudenkmäler müssen Anpassungsmaßnahmen im Einklang mit den Anforderungen des Denkmalschutzes ermöglicht werden.

- Die Potenziale moderner Wärmepumpen mit Kühlfunktion bei Förderprogrammen und der Energieberatung systematisch zu berücksichtigen und Klimaschutz sowie Hitzeschutz gemeinsam zu fördern.
- Einkommensarme und gesundheitlich besonders gefährdete Haushalte bei der Anschaffung wirksamer Hitzeschutzmaßnahmen wie Ventilatoren oder energieeffizienten Geräten zur Raumkühlung finanziell zu unterstützen.
- Hitzebedingte Mehrkosten im Sozialleistungsrecht anzuerkennen und geeignete Regelungen zur Berücksichtigung notwendiger Kühlkosten für einkommensarme Haushalte sowie zur Übernahme medizinisch erforderlicher Stromkosten zu schaffen.

Hitzeschutz in Einrichtungen der sozialen Infrastruktur

Einrichtungen der sozialen Infrastruktur tragen eine besondere Verantwortung für Menschen, die sich vor extremer Hitze nicht oder nur eingeschränkt selbst schützen können. Hierzu gehören Pflegeeinrichtungen, Angebote der Eingliederungshilfe, Schulen und Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Frauenhäuser, Angebote der Wohnungslosenhilfe sowie Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderung oder besonderen Lern- und Unterstützungsbedarf.

Extreme Hitze beeinträchtigt nicht nur die Gesundheit der Nutzerinnen und Nutzer. Sie erschwert auch Betreuung, Bildung, Pflege und Teilhabe. Überhitzte Gruppen-, Unterrichts-, Wohn- und Aufenthaltsräume beeinträchtigen Konzentration, Erholung und Leistungsfähigkeit. Außenbereiche können zeitweise nicht genutzt werden, Angebote müssen eingeschränkt oder abgesagt werden und Beschäftigte stoßen an ihre Belastungsgrenzen. Besonders betroffen sind Menschen, die auf Betreuung, Assistenz oder feste Tagesstrukturen angewiesen sind und sich nicht eigenständig vor Hitze schützen können.

Viele soziale Einrichtungen befinden sich in Gebäuden, die für die zunehmenden Hitzebelastungen nicht ausgelegt sind. Fehlender außenliegender Sonnenschutz, versiegelte Außenflächen und mangelnde Kühlmöglichkeiten führen dazu, dass sich Innenräume über viele Stunden stark aufheizen. Dabei sind bauliche Maßnahmen wie außenliegende Verschattung, Dach- und Fassadenbegrünung, Entsiegelung, helle Oberflächen und sommerlicher Wärmeschutz langfristig deutlich wirksamer als eine ausschließliche technische Kühlung. Wo dies nicht ausreicht, müssen kühle Schutzräume zur Verfügung stehen.

Andere europäische Länder sind hier bereits weiter. Frankreich hat beispielsweise mit seinem nationalen Hitzemanagementplan verbindliche Maßnahmen für Schulen und Kindertagesstätten eingeführt. Dazu gehören unter anderem jährliche Überprüfungen von gekühlten Räumen und des sommerlichen Wärmeschutzes. In Paris werden Schulhöfe im Rahmen des OASIS-Programms entsiegelt und begrünt, sodass sie als kühlere Aufenthaltsorte für Kinder und das umliegende Quartier dienen. Darüber hinaus schreibt Frankreich für Pflegeeinrichtungen mindestens einen klimatisierten Gemeinschaftsraum vor, damit Bewohnerinnen und Bewohner während Hitzewellen mehrere Stunden täglich Schutz und Abkühlung finden können. Diese Beispiele zeigen, dass Hitzeschutz als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden werden muss.

Der VdK fordert daher:

- Das Bundesförderprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ muss schnellstmöglich wieder geöffnet, finanziell deutlich aufgestockt und dauerhaft verstetigt werden. Gefördert werden müssen insbesondere Schulen, Kindertageseinrichtungen, Krankenhäuser, Einrichtungen der Eingliederungshilfe, Pflegeeinrichtungen, Frauenhäuser, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Angebote der Wohnungslosenhilfe.

- Förderfähig müssen wirksame Klimaanpassungsmaßnahmen in gebündelten Handlungsfeldern sein. Dazu zählen insbesondere baulicher Hitzeschutz (zum Beispiel außenliegender Sonnenschutz, sommerlicher Wärmeschutz, energetische Sanierung), naturbasierte Lösungen (wie Dach- und Fassadenbegrünung, Entsiegelung und Begrünung von Außenflächen, Regenwassernutzung), technische Lösungen (zum Beispiel Wärmepumpen mit Kühlfunktion, energieeffiziente Kühltechnik, kühle Schutzräume) sowie die Sicherstellung der Grundversorgung (beispielsweise barrierefrei zugängliche öffentliche Trinkwasserversorgung). Kleine gemeinnützige Träger benötigen zudem einfache Antragsverfahren, eine niedrigschwellige Beratung und geringe Eigenanteile.
- Das Wirtschaftlichkeitsgebot darf Klimaschutz und Klimaanpassung nicht entgegenstehen. Es muss ausgesetzt werden, wenn es dazu führt, dass klimaschädliche oder fossile Lösungen gewählt werden müssten, etwa beim Einbau neuer Gasheizungen anstelle nachhaltiger Alternativen.
- Für Einrichtungen der sozialen Infrastruktur müssen verbindliche Mindeststandards für den Hitzeschutz eingeführt werden. Hierzu gehören maximale Raumtemperaturen in Wohn-, Pflege-, Gruppen-, Aufenthalts- und Unterrichtsräumen sowie die Verpflichtung, ausreichend gekühlte Schutzräume vorzuhalten. Einrichtungen mit besonders vulnerablen Nutzerinnen und Nutzern müssen auch bei langanhaltenden Hitzewellen sichere Aufenthaltsbedingungen gewährleisten können.
- Alle Einrichtungen der sozialen Infrastruktur benötigen verbindliche Hitzeschutzkonzepte. Diese müssen bauliche, organisatorische und gesundheitliche Maßnahmen miteinander verbinden, klare Verantwortlichkeiten festlegen sowie auf die jeweiligen Unterstützungsbedarfe der Nutzerinnen und Nutzer abgestimmt sein. Schulen, Kindertageseinrichtungen sowie Freizeit- und Bildungsangebote müssen auch während extremer Hitze einen sicheren Betrieb ermöglichen.
- Hitze muss in der Personalbemessung berücksichtigt werden. Extreme Hitze erhöht den Betreuungs-, Pflege- und Assistenzaufwand erheblich. An Hitzetagen müssen daher flexible Personalverstärkungen oder temporär höhere Personalschlüssel ermöglicht werden, damit Schutzmaßnahmen umgesetzt werden können, ohne Beschäftigte zu überlasten oder die Versorgungsqualität zu gefährden. Hitzebedingte Mehrkosten für Personal und notwendige Kühlung müssen in den Finanzierungs- und Vergütungssystemen berücksichtigt werden.
- Soziale Einrichtungen müssen systematisch in die kommunale Klimaanpassung eingebunden werden. Kommunale Hitzeaktionspläne, Klimarisikoanalysen und Sanierungsprogramme müssen Einrichtungen der sozialen Infrastruktur prioritär berücksichtigen. Kooperationen mit Kommunen, Stadtwerken, Wasserbetrieben und kommunalen Gebäudedienstleistern sind gezielt auszubauen, um Investitionen in Klimaanpassung effizient umzusetzen.

Kosten von Hitzeschäden

Wie teuer Hitze bereits heute ist, zeigt die Hitzewelle vom 17. bis 30. Juni 2026. Nach Berechnungen des Beratungsunternehmens Prognos^{ix} verursachte sie innerhalb von nur zwei Wochen volkswirtschaftliche Kosten von 6,3 Milliarden Euro. Rund 97 Prozent der Schäden entstanden durch Produktivitätsverluste infolge der extremen Temperaturen. Nicht oder nur teilweise berücksichtigt sind dabei langfristige Gesundheitsschäden, Folgekosten im Gesundheitswesen, Schäden an Infrastruktur oder Auswirkungen auf Ökosysteme. Die tatsächlichen Kosten dürften daher noch deutlich höher liegen.

Die Hitzewelle ist kein Ausnahmeereignis, sondern Ausdruck eines sich beschleunigenden Klimawandels. Wissenschaftliche Analysen zeigen, dass eine Hitzewelle dieser Intensität ohne den menschengemachten Klimawandel vor wenigen Jahrzehnten praktisch nicht möglich gewesen wäre. Mit jedem weiteren Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur nehmen Häufigkeit, Dauer und Intensität extremer Hitzeereignisse weiter zu. Damit steigen auch die volkswirtschaftlichen Schäden.

Diese Entwicklung wird Deutschland langfristig erheblich belasten. Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW Berlin^x zeigen, dass sich die wirtschaftlichen Schäden des Klimawandels bis zur Mitte des Jahrhunderts auf **bis zu 900 Milliarden Euro** summieren können, wenn die Erderwärmung nicht wirksam begrenzt wird. Gleichzeitig macht die Studie deutlich, dass ambitionierter Klimaschutz diese Schäden erheblich reduzieren kann.

Die politische Schlussfolgerung ist eindeutig: **Die entscheidende Frage lautet nicht, ob wir uns Klimaschutz und Klimaanpassung leisten können. Die entscheidende Frage lautet, ob wir es uns leisten können, nicht zu handeln.**

Nachweise

ⁱ https://www.rki.de/DE/Themen/Gesundheit-und-Gesellschaft/Gesundheitliche-Einflussfaktoren-A-Z/H/Hitze/Bericht_Hitzemortalitaet.html

ⁱⁱ Die städtische Wärmeinsel (englisch Urban Heat Island, kurz UHI) ist ein typisches Merkmal des Stadtklimas, dass die Lufttemperaturdifferenz zwischen der meist wärmeren Stadt und ihrem kühleren Umland beschreibt.

https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimaforschung/klimawirk/stadt/pl/projekt_waermeinseln/projekt_waermeinseln_node.html

ⁱⁱⁱ <https://www.dwd.de/DE/leistungen/warnwetterapp/warnwetterapp.html>

^{iv} https://www.santepubliquefrance.fr/index.php/climat/fortes-chaleurs-canicule/article/effectiveness-heat-prevention-plans-reducing-heat-related-mortality-across-europe?utm_source=chatgpt.com

^v 15.000 hitzebedingte Sterbefälle

^{vi} https://inpes.santepubliquefrance.fr/en/climat/fortes-chaleurs-canicule/national-bulletin/heat-wave-and-health-alert-system-mortality-report-heat-waves-june-and-july-2019?utm_source=chatgpt.com

^{vii} https://www.service-public.gouv.fr/particuliers/actualites/A14978?lang=en&utm_source=chatgpt.com

^{viii} Barcelona betreibt ein stadtweites Netzwerk sogenannter „Refugios Climáticos“ (Klimaschutzräume), das klimatisierte Gebäude wie Bibliotheken, Museen oder Bürgerzentren als niedrigschwellige Aufenthaltsorte während Hitzeperioden zur Verfügung stellt.

https://www.barcelona.cat/infobarcelona/es/tema/medio-ambiente-y-sostenibilidad/barcelona-pone-en-marcha-los-refugios-climaticos-de-verano-con-un-refuerzo-en-los-barrios-mas-vulnerables-2_1524321.html?utm_source=chatgpt.com

^{ix} <https://www.prognos.com/de/kosten-hitze-welle-juni-2026>

^x https://www.diw.de/de/diw_01.c.974540.de/publikationen/wochenberichte/2025_38_3/zwei_jahrzehnte_klimakostenforschung_praeventiver_klimaschutz_als_volkswirtschaftlicher_vorteil.html